

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN
Studierendenparlament
Unter den Linden 6
10099 Berlin
Präsidium
Tel: +49-30-2093-2603 / -2614
Fax: +49-30-2093-2396
mailto: praesidium@stupa.hu-berlin.de
www.stupa.hu-berlin.de



Protokoll der 2. Sitzung des 14. Studierendenparlaments, 22. Mai 2006

Sitzungsleitung: Peggy, Johannes, Martin und Jana.

Beginn: 19:01

1. Beschluss der Tagesordnung

pA beschlossen

2. Bestätigung des Protokolls der 1. Sitzung

pA beschlossen

3. Berichte

3.1 Bericht des Präsidiums von Jana

- Danke an Debbie und Jörg für Einarbeitungsunterstützung.
- Bitte um einen Emailkontakt jeder Liste zwecks Einladungsweiterleitung an VertreterInnen, damit sich besser vorbereitet werden kann.
- kurze Quotierungserklärung.
- auf Wunsch kann Einladung in Großdruck verschickt werden.
- 2 Rücktritte: Roman (LiLi), Christina (LHG).

3.2 Bericht des RefRats von Rebecca

Internationalismus: BUKO-Organisation & herzliche Einladung für Donnerstag ab 15 Uhr bis Sonntag zum Kongress in der TU. Arbeit am Ausbau der Möglichkeiten des Studierendenaustauschs. Dokumentation zum Aufbau neuer Universitäten in Venezuela mit der HU-Delegation der Weltfestspiele 2005 in Form eines Dokumentarfilms.

Frauenpolitisches Ref.: FrauenLesbenTransVollVersammlung am Mittwoch, den 24.5., 18 Uhr. Anschließend Café Amanda, welches alle 2 Wochen stattfindet. Mitarbeit an der neuen Ausgabe der Huch!

Soziales: Neue Homepage für die arbeitsrechtliche Anfangsberatung und Verhandlungen über den Ausbau dieses Projekts. Verhandlung mit der Hochschulverwaltung über Finanzierung von Stellen und Projekten. Verteilung, Verschickung des neuen Sozialinfos.

FaKo: Projekts des Fachschaftsreaders gestartet und in Form eines Wikis aufgesetzt. Fachschaftsinitiative Kunstgeschichte geholfen bei Planung zum Wechsel zum Fachschaftsrat. Präsident Markschieß wird eingeladen zur Fako. Sitzung zur Diskussion der Grundlagen und der Arbeit der Fako. Besuch mehrerer Fachschaften.

Kultur: Vermittlung zwischen studentischem Theaterprojekt und Bühnenbeirat/Studiobühne bzw. Relais (Monbijoustraße). Konzert-/Partyplanung und -durchführung.

Öffref: Pressearbeit (u.a. Interview mit Vertretern des norwegischen Zeitung Uniforum) und reichlich Kommunikation mit dem Öffref der Universität. Newsletter für Mai erstellt und weiterhin beworben. Raum- und Technikorganisation sowie Veranstaltungsbetreuung. Schlüsselinventur.

Antifaschismus: Veranstaltung Anfang Mai zu „Interventionsmöglichkeiten gegen Antisemitismus“. Materialsammlung für Reader zu „Antisemitismus im akademischen Milieu“. Veranstaltungsbetreuung.

Stud. mit Kind(ern): Tag der offenen Tür in Adlershof organisiert. Plakatentwurf zu BA/MA zusammen mit der Frauenbeauftragten. Treffen aller KiTa-Betreuerinnen, um über künftige Kinderbetreuung zu beraten. Stellenausschreibung.

Finanzen: Aufforderung zur Terminabsprache bezüglich der Inventur an Fachschaften und Initiativen verschickt. Personalverwaltung, vor allem Technikstellen-Neuorganisation. Semesterticketabrechnung BVG. Entlastung für den Haushalt 2004 durch das Präsidium und die Senatsverwaltung genehmigt.

Lehre und Studium: Um Zeit und Kosten zu sparen, alles in Kürze: Herumärgern mit der neuen Zulassungssatzung. Herumärgern mit einer möglichen neuen „Allgemeinen Satzung für Studiums- und Prüfungsangelegenheiten“. Herumärgern mit dem Leiter der Studienabteilung. Herumärgern mit unterschiedlichen Prüfungsausschüssen aufgrund der Exmatrikulation von Studierenden. Fazit: Das LuSt-Referat ist verärgert!

Hochschulpolitik: Einarbeitung in das Referat. Antragsbetreuung. Mitwirkung bei der „Langen Nacht der Wissenschaften“ in der OUBS. Gegen-Uni-Treffen mitvorbereitet und teilgenommen.

4. Wahlen

4.1 Internationalismus

Lars stellt sich vor und entschuldigt sich für seinen regenbedingten Zustand
Nachfrage von Bernd (Adlershof Now), ob Internationalismus auf Zusammenarbeit mit KubanerInnen beschränkt – Lars verneint das.

Bildung einer Wahlkommission: Malte (Grünboldt), Francesco (OLKS), Simon (RCDS)
Malte erklärt kurz das Wahlverfahren.

4.2 Bestätigung Antifa

Doris und Janett stellen sich vor

Nachfrage Bernd, ob Antifareferat sich ebenso mit Linksextremismus beschäftigt wie mit Rechtsfaschismus – Antwort von Jana (LiLi), dass Begriff Faschismus recht deutlich umreißt, womit sich das Referat beschäftigen sollte.

weitere Nachfrage Bernd, wie Kernpunkte der zukünftigen Arbeit einzuordnen sind, da ja „einige Gruppen“ sich auch gegen Gruppen wie die CDU, den RCDS etc. wenden würden.

GO-Antrag von Sabine (KoKo) auf Abbruch der Debatte – formale Gegenrede.
mit 22:9:4 angenommen

Zwischenrufe von Jörg (UHH), Bernd und Doro (DepHeads).

Abstimmung 26:5:4. Doris und Janett nehmen die Wahl an.

Folgend das Wahlergebnis zur Wahl des Referats für Internationalismus:
33:9:0:1, 43 abgegebene Stimmen. Lars nimmt die Wahl an.

Bitte von Matthias (Grünboldt) um sachliche und politisch korrekte Meinungsäußerung.

10 Minuten Pause

5. Anträge

5.1 Antrag zur Änderung der Sozialfondssatzung

Ritva und Rike (Semtixbüro) stellen den Antrag vor

Antragspunkt 6 wird zurückgezogen nach vorheriger Diskussion mit Rechtsabteilung der HU, ist keine inhaltliche Abkehr vom Punkt, das Büro braucht aber eine funktionierende Satzung zum nächsten Berechnungszeitraum.

Rike stellt die einzelnen Punkte des Antrags vor.

Das Semesterticketbüro stellt folgenden Antrag:

Das StudentInnenparlament möge beschließen, die Satzung nach § 18 a V BerLHG („Sozialfonds-Satzung“) wie folgt zu ändern.

1. Härte „Erhalt von Leistungen nach SGB XII oder II“, § 2 Abs. 2 Nr. 4 wird wie folgt neu gefasst:
„4. Studierende, die oder deren Kind(er) einen Anspruch auf laufende Leistungen zum Lebensunterhalt nach SGB II oder SGB XII haben“
2. Härte Alleinerziehung, wird neu in § 2 Abs. 2 als Nr. 5 eingefügt, die Nummerierung ändert sich in der Nachfolge entsprechend:
„5. Alleinerziehung mindestens eines Kindes“
3. Härte Schwangerschaft, wird neu in § 2 Abs. 2 als Nr. 6 eingefügt, eingefügt, die Nummerierung ändert sich in der Nachfolge entsprechend:
„6. Schwangerschaft“
4. Härte „Behinderung/Chronische Krankheit“, § 2 Abs. 2 Nr. 5 wird zur Nr. 7 und wie folgt neu formuliert:
„7. eine nachgewiesene Behinderung oder chronische Krankheit,“
5. Härte „Kind unter 3“ wird zu „Kind unter 18“, § 2 Abs. 2 Nr. 6 wird zur Nr. 8 und wie folgt geändert:
„8. die Erziehung von Haushaltsangehörigen unter 18 Jahren“
6. Von Antragsstellerinnen nach Rücksprache mit Rechtsstelle der HU zurückgezogen.
7. Sog. Mietpauschale in Grundbedarf, Nummerierung ändert sich in der Nachfolge entsprechend:
„§ 2 Abs. 3 S. 2 Nr. 1 entfällt. In § 2 Abs. 3 S. 1 wird `345 €' durch `445 €' ersetzt.“
8. Mietkosten für Angehörige, § 2 Abs. 3 S. 2 Nr. 2 erhält einen neuen Satz 3, die Nummerierung ändert sich in der Nachfolge entsprechend:
„³ Für jede weitere Person, gegenüber der die/der Studierende Unterhalt leistet oder unterhaltsverpflichtet ist und im selben Haushalt wohnt, erhöht sich dieser Betrag um 200 €.“
9. Erhöhung der Heizkostenpauschale,
„In § 2 Abs. 3 S. 2 Nr. 2 (alt, s. o. 3.) wird `66,67 €' durch `74 €' ersetzt.“
10. Neuformulierung der Mehrbedarfssätze, § 2 Abs. 3 S. 2 Nr. 3-6 wird wie folgt neu gefasst; Nummerierung vorbehaltlich obiger Änderungen:
„3. für Studierende, die mindestens ein minderjähriges Kind allein erziehen, ein Mehrbedarf in Höhe von 124 €,
4. für nachweisbar behinderte oder chronisch kranke Studierende ein Mehrbedarf in Höhe von 59 €,
5. für jede weitere Person, gegenüber der die/der Studierende Unterhalt leistet oder unterhaltsverpflichtet ist, ein Mehrbedarf in folgender Höhe
a) Kind(er) 0-13 Jahre 207 €
b) Kinder(er) 14-17 Jahre 276 €
c) Angehörige über 18 Jahre 311 €
6. für schwangere Antragstellende ein Mehrbedarf in Höhe von 59 €“
11. Schulden: konkrete Rate, wenn höher als 30%, § 2 Abs. 3 S. 2 Nr. 8 wird wie folgt neu gefasst:
„ein Bedarf für Schulden, deren Tilgung im Berechnungszeitraum fällig ist oder wird, bis zu 30% des Einkommens oder der konkrete Rückzahlungsbetrag in seiner vollen Höhe, sofern er die 30% überschreitet.“
12. Pauschale für ausländische Studierende, § 2 Abs. 3 S. 2 erhält eine neue Nr. 9:
„für ausländische Studierende eine Pauschale in Höhe von 124 €.“
13. Netto-Einkommen, § 2 Abs. 4 Satz 2 wird wie folgt neu gefasst:
„² Zum Einkommen gehören alle Netto-Einkünfte in Geld- und Geldeswert“
14. Prozentuale Anrechnung von Wohngeld, § 2 Abs. 4 erhält einen neuen Satz 4, Satz 4 wird zu Satz 5:
„Leistungen nach Bestimmungen des WoGG werden in dem Maße (prozentual) angerechnet, in dem auch die Miethöhe im Bedarf berücksichtigt wurde.“
15. Vom Einkommen abzusetzende Beträge, § 2 Abs. 4 Satz 4 Nr. 1 wird wie folgt neu gefasst:
„Versicherungspflichtbeiträge und auf das Einkommen entrichtete Steuern.“

16. *Arbeitsvermittlungsgebühren als absetzbare Beträge, wird eingefügt als § 2 Abs. 4 Satz 4 Nr. 3:
„⁴ Arbeitsvermittlungsgebühren“*

17. *Absetzbares Vermögen, wird eingefügt als § 2 Abs. 5 Satz 2 (in alter Satzung ohne Nummerierung) wird wie folgt neu gefasst:*

„² Von ihm sind abzusetzen

- 1. ein Grundfreibetrag in Höhe von 200 € je vollendetem Lebensjahr des/der Antragstellenden und seine/s/ihrer/s Partner/in/s, mindestens aber jeweils 4.100 €; der Grundfreibetrag darf jeweils 13.000 Euro nicht übersteigen,*
- 2. ein Grundfreibetrag in Höhe von 4.100 € für jedes minderjährige Kind.“*

Nachfrage von Simon (RCDS) zu 4., wie sich chronische Krankheit definiert und wie diese nachgewiesen werden soll – Antwort von Rike, dass Attest jeder/s Ärztin/Arztes ausreicht.

Nachfrage von Simon wie Rechtsabteilung auf Absatz 2 der Begründung zu Punkt 12 reagiert hat – Antwort von Rike, dass Begründung nicht Teil des Antragstextes ist und außerdem für Rechtsabteilung kein Problem darstellt.

Wortmeldung von Nelo (LiLi), dass Linke Liste Punkt 6 als Zusatzantrag behandeln möchte.

Rike stellt folgend noch die Ergänzung zur Änderung der Sozialfondssatzung vor.

Das Semesterticketbüro stellt folgenden Antrag:

Das StudentInnenparlament möge beschließen, die Satzung nach § 18 a V BerLHG („Sozialfondssatzung“) wie folgt zu ändern.

„In § 7 S. 1 wird `zwei` durch `sechs` ersetzt“

Änderungsantrag von Sebastian (Forum Charité) zu Punkt 4.

Wortmeldung von Jörg (UHH) dazu, dass dies in der sonstigen Sozialgesetzgebung auch unüblich ist, entsprechende Ergänzungen von Anita (DepHeads).

Abstimmung über Änderungsantrag, 6:große Mehrheit:1 – Antrag abgelehnt.

Nachfrage von Gerson (LHG) zu finanzieller Folgebedeutung des Antrags bzw. ob dies Folgen auf Semesterbeiträge habe – Antwort von Rike, dass dies nicht der Fall sein werde.

Abstimmung über Antrag an sich, GO-Antrag von Debbie (Jusos) auf Auszählung der Stimmen fürs Protokoll:

– 40:1:3, damit ist der Antrag angenommen

Abstimmung über Zusatzantrag.

Die Linke Liste stellt folgenden Antrag:

Der Punkt 6 aus dem Antrag auf Änderung der Sozialfondssatzung wird komplett übernommen. Das StuPa unterstützt das Anliegen voll und ganz und beauftragt das Semesterticket-Büro diesen Punkt in die künftige Satzung einzuarbeiten. Im Falle einer Ablehnung durch die Rechtsstelle soll eine Stellungnahme erwirkt werden.

– 22:10:9 – Antrag angenommen

6. Sonstiges

Präsidiumsankündigung: kein Obst, keine Süßigkeiten – gemein.
Denkt an die Eintragung in die E-Mailliste.

Sitzung geschlossen um 20:09.

Darstellung der Ergebnisse: Ja-Stimmen/Nein-Stimmen/Enthaltungen/ungültige.

Für die Richtigkeit: das Präsidium.